

Bei der Totalrevision der Kantonsverfassung wurde es versäumt, die Strukturen im Kanton Basel-Stadt zu bereinigen. Obwohl gerade die Totalrevision der richtige Anlass gewesen wäre, wurde davon abgesehen, eine kommunale Ebene für die Stadt Basel einzuführen. Trotzdem wurde im Verfassungsrat diese Diskussion geführt und bereits erste Ansätze zur Verwirklichung einer Einwohnergemeinde der Stadt Basel thematisiert. Auf diese Ansätze kann man jetzt auch wieder zurückgreifen.

Durch das Fehlen einer kommunalen Ebene der Stadt Basel, muss das Kantonsparlament sich mit den kommunalen Angelegenheiten der Stadt Basel auseinandersetzen. Dies ist unter dem Aspekt der Effizienz fragwürdig, denn so müssen sich gewählte Vertreterinnen und Vertreter des Kantonsparlaments, insbesondere auch diejenigen aus anderen Gemeinden, mit kommunalen Sachgeschäften beschäftigen. Ausserdem entsteht die politisch heikle Situation, dass Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden Riehen und Bettingen im Grossen Rat über kommunale Angelegenheiten der Stadt beschliessen, was im umgekehrten Fall absolut undenkbar wäre. Noch viel fragwürdiger und einem demokratischen föderalistischen Staat unwürdig, ist die Tatsache, dass in Abstimmungen betreffend kommunalen Angelegenheiten der Stadt Basel, die Gemeinden Riehen und Bettingen einen Entscheid der Stadt kippen können - so geschehen bei der Abstimmung über die Parkraumbewirtschaftung.

Dieser unhaltbare Zustand lässt sich nicht mit dem schwierigen Konstrukt eines Stadtkantons rechtfertigen und es gibt keine anderen nachvollziehbaren Gründe, warum der Kanton Basel-Stadt nicht endlich seine Strukturen anpassen soll. Die Existenz einer Einwohnergemeinde würde sich für die Aussenbeziehungen des Kantons positiv auswirken. Die getrennte Behandlung der Geschäfte von kommunaler und von kantonaler bzw. interkantonalen Bedeutung hätte eine bessere Fokussierung der Arbeit von Parlament und Regierung zur Folge. Inwiefern es dazu notwendig ist, eine physische Einwohnergemeinde mit einem Einwohnerrat zu bilden, sei der Regierung überlassen.

Die Motionärinnen und Motionäre fordern die Regierung auf, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, welche die Einführung einer kommunalen Ebene der Stadt Basel vorsieht, die es ermöglicht, dass nur die Einwohnerinnen und Einwohner (sowie ihre Vertreterinnen und Vertreter) der Stadt Basel über ihre Belange entscheiden können, analog den anderen Einwohnergemeinden.

Tanja Soland, Philippe P. Macherel, Martin Lüchinger, Dominique König-Lüdin, Franziska Reinhard, Gülsen Oeztürk, Brigitte Hollinger, Loretta Müller, Brigitta Gerber, Emmanuel Ullmann, Doris Gysin, Guido Vogel, Christine Keller, Greta Schindler